

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 4

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Novartis" oder "Das Diktat des Marktes"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

«Novartis» oder «Das Diktat des Marktes»

Das letzte «Zeichen der Zeit» über den verlorenen Abstimmungskampf um die Mitbestimmungsinitiative vor 20 Jahren hatte die Druckerei noch nicht verlassen, da wurde ein Schritt in Richtung Monopolkapitalismus angekündigt, der im Fall einer echten, gleichgewichtigen Mitbestimmung von Kapital und Arbeit so nicht möglich gewesen wäre: Am 7. März haben die beiden Basler Chemiekonzerne Ciba und Sandoz die weltweit grösste Fusion aller (bisherigen) Zeiten beschlossen. «Novartis AG» heisst der neue Megamulti, der sich mit diesem Namen wie ein Gesamtkunstwerk (*nova ars*) darstellt, derweil er mit einem geschätzten Börsenwert von 100 Mrd. Franken und einem Jahresumsatz von 26 Mrd. das menschliche Mass sprengt, das doch eigentlich auch für ökonomische Grösse bestimmend sein sollte. Nicht zu reden vom Fehlen jeder demokratischen Kontrolle über diese geballte Wirtschaftsmacht. Novartis gilt im Pharmageschäft weltweit als Nummer 2, im Agrobusiness gar als die Nummer 1. Dass dabei 10 000 Arbeitsplätze verlorengehen, wird bedauernd in Kauf genommen. Einen Drittel davon wollen die beiden «Basler» Konzerne in ihrer engeren Heimat «einsparen».

«Freiheit» als «Einsicht in die Notwendigkeit»

Am Tag danach war in der Presse zu lesen, der künftige Präsident des Novartis-Verwaltungsrates, *Alex Krauer*, habe die Fusion mit den «markigen Worten» begründet: «Nur gut zu sein, ist nicht gut genug, denn nur die Besten werden es schaffen. Die Novartis AG ist der Ausdruck des Bemühens, es zu schaffen.» Weiter habe Krauer von der «faszinierenden

Vision» gesprochen, die darin bestehe, «zwei starke Unternehmen zusammenzuführen und ein noch stärkeres zu bilden».

Der Deal der beiden Chemie Giganten setzt ihrer 100jährigen Konkurrenz ein jähes Ende. Er wäre zwar nicht «notwendig» gewesen, haben sie doch letztes Jahr Rekordgewinne erzielt: Ciba ein Plus von 13, Sandoz ein solches von 19 Prozent. Aber in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Anforderungen des Weltmarktes wollten die Konzernherren für ihr Vorhaben den «richtigen Zeitpunkt» wählen, um nicht später zu einem Zusammenschluss aus Schwäche «gezwungen» zu sein. Der Wirtschaftsredaktor der NZZ brachte es auf den Punkt, «dass sich keine Firma auf Dauer ungestraft dem *Diktat des weltweiten Wettbewerbs* – und es ist ein Diktat – entziehen kann» (9./10.3.96).

Für die *Freiheit des Marktes* gilt offenbar dasselbe wie weiland für die Freiheit im Dialektischen Materialismus: Sie beschränkt sich auf «die Einsicht in die Notwendigkeit». Der Markt ist ein Zwangsmechanismus. Wer sich ihm verweigert, tut dies um den Preis des ökonomischen Untergangs. Oder wie es der eben zitierte Artikel formuliert: «Wer sich auf den Wettbewerb einlässt, muss konsequent mitmachen, sonst zeigt ihm der Markt rasch – und leider immer rascher – die rote Karte.» Dazu gebe «es aus einer gesamtgesellschaftlichen Sicht, der Sicht des <Gemeinwohls>, wenn man so will, keine Alternative». Der Markt ist unser Schicksal, ihn demütig als höchste Instanz anzuerkennen, die grösste Tugend, der Neoliberalismus Ausdruck dieser *Schicksalsreligion*.

Aber gibt es überhaupt noch Markt, wenn immer mehr *Oligopole* und schliesslich *Monopole* entstehen, die sich gar nicht der Macht des Marktes unterordnen, son-

dem vielmehr die Macht über den Markt erobern wollen? Auf der Leserbriefseite der NZZ (19.3.96) schlugen auch kritische Töne durch. Ein – notabene freisinniger – Wirtschaftsprofessor mahnt: «Wenn die Novartis-Konstrukteure die sich schon länger abzeichnende Tendenz zum Monopolkapitalismus nun auf die Spitze treiben, verhelfen sie der Konzentrationsvision von Karl Marx zu neuer Glaubwürdigkeit.»

Weitere Fusionen werden folgen, nicht um sich mit der Konkurrenz zu messen, sondern um sie zu verdrängen, bis auch der Weltmarkt nicht mehr «funktioniert». Staaten oder supranationale Organisationen wie die EU hüten sich, diesen Konzentrationsprozess zu behindern, da es zum nationalen oder europäischen Standortvorteil gehört, die gigantomanen Multis auf dem eigenen Territorium zu behalten. Auch das neue schweizerische *Kartellgesetz* verlangt von der Kartellbehörde, nicht allzu streng mit ihnen umzugehen, sondern «die Stellung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb» zu beachten.

Die zu erwartenden *Weltmonopole* könnten nur verhindert werden, wenn es gelänge, die Akteure der Weltwirtschaft einem «fairen Wettbewerb» zu unterwerfen. Es ist zu befürchten, dass die bereits übermächtig gewordenen Transnationalen Konzerne diese Rahmenbedingungen eines neuen Weltwirtschaftsrechts verhindern werden. Der Kampf auf dem Markt wird ein Kampf gegen den Markt. Die Entsolidarisierung, die vom gnadenlosen Wettbewerb um Markt- und Standortvorteile ausgeht, gehört heute schon zur «Anatomie der menschlichen Destruktivität» (Erich Fromm) und wird sich auch nicht an «neoliberale» Spielregeln halten. Der Götze Markt verschlingt seine Anbieter und wird am Ende selbst verschlungen, im schlimmsten Fall durch die Götzen des Faschismus und des Krieges.

Der absolute Vorrang des Kapitals

«Bedauerlich, aber im Interesse der Zukunft unvermeidlich», nennt Herr Krauer den Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen. Dass

er damit *nur Aktionärsinteressen* im Auge habe und dafür noch mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehme, weist der Novartis-Präsident weit von sich. Wörtlich sagte er der Sonntags-Zeitung (17.3.96): «Diese Argumentation stammt aus dem letzten Jahrhundert, sie konstruiert einen Zielkonflikt zwischen Kapital und Arbeit. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Heute spielt sich der globale Wettbewerb einerseits zwischen Standorten und anderseits zwischen Schicksalsgemeinschaften ab. Aktionäre, Unternehmensleitung und Mitarbeiter bilden eine solche Schicksalsgemeinschaft, die Region Basel als Standort bildet eine Schicksalsgemeinschaft.»

Nun, der «Zielkonflikt zwischen Kapital und Arbeit» war für das Kapital noch nie zeitgemäss, auch nicht im letzten Jahrhundert, als die Bourgeoisie – genauso blind wie heute – ihn nicht erkennen wollte. Da nutzte marxistischer Nachhilfeunterricht in Sachen «Grundwiderspruch» herzlich wenig. Diesen bestätigte Herr Krauer umso unverfrorener, als er an der Medienkonferenz vom 7. März die enorme Wertschöpfung seiner «aktionärsfreundlichen Fusion» feierte und den damit verbundenen Personalabbau zum «Wermutstropfen» verharmloste.

Die Börse reagierte begeistert auf den «Adrenalinausstoss für den Aktienmarkt» (NZZ, 8.3.96). Die Titel von Sandoz legten um 20, diejenigen von Ciba gar um 28 Prozent zu. Die Aktionäre müssen für ihre Kapitalgewinne nicht einmal Steuern bezahlen. Für Fusionen gibt es auch keine Stempelsteuern mehr. Sie wurden abgeschafft, um «Arbeitsplätze zu sichern», wie es 1991 im Nationalrat hiess...

Wie die *Arbeitenden* reagieren, ist für den Markt belanglos. Das wissen sie – und reagieren überhaupt nicht, es sei denn mit Konsternation und Resignation. Dafür dass diese nicht in Wut und offene Auflehnung umschlägt, sorgt ein 100-Millionen-Fonds, den der Novartis-Konzern für seine eigenen Opfer äufnet. Das sind Brosamen vom Tisch der Aktionäre, für die der Fusionsdeal mit einem Kapitalgewinn von 18 Milliarden zu Buche schlug.

Wer Kritik von seiten der Basler Regierung oder des Bundesrates erwartet hätte, sah sich getäuscht. Das Gemeinwohl, dem die Regierenden verpflichtet sind, richtet sich nicht nach der Würde der Arbeit, sondern nach dem absoluten Vorrang des Kapitals. Dieses Gemeinwohl ist das Aktionärsinteresse, die Börse bestimmt die Politik, die höchste Form der Bildung ist die Vermögensbildung.

Es gehört zur *verquerten Logik des Kapitals*, dass es Arbeitsplätze vernichten «muss», um sie zu erhalten. Es verkündet seinen Opfern in einer an George Orwell erinnernden Sprache: «Wenn es euch heute schlecht geht, dann nur, damit ihr morgen überleben könnt. Ihr seid auf Gedeih und Verderb den Aktionärsinteressen ausgeliefert. Erst wenn diese befriedigt sind, und sei es auf eure Kosten, habt ihr eine Zukunft. Aber tröstet euch, diese Zukunft wird allen wieder Arbeit verschaffen.» Das «Diktat des weltweiten Wettbewerbs» habe zur Folge, «dass sich auf der *gesamtgesellschaftlichen* Ebene und auf *lange* Frist die Konflikte und Härten weitgehend auflösen», verkündet die NZZ. Und der operative Novartis-Chef formuliert es gegenüber der Financial Times (9.3.96) in der Sprache seines angestammten Berufs: «Arbeitsplatzabbau ist wie ein chirurgischer Eingriff. Du weisst, es tut weh, aber es ist zu deinem Besten. Am schlimmsten ist, langsam und nicht tief genug zu schneiden.»

Doch die Fristen werden immer länger, die Schnitte immer tiefer – und die Arbeitsplätze dennoch immer weniger. Seit 1990 hat die Basler Chemie jede achte Fachkraft in der Region entlassen. Jetzt sollen weitere 3300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen. Und noch jede Massenentlassung wurde zum Besten der Arbeitenden begründet. Sie sei notwendig, so hiess und heisst es, um die Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Es wird dem Kapitalismus nicht anders gehen als dem «realen Sozialismus»: Das gute Ende der Geschichte leidet unter «Parusieverzug», das Versprechen auf eine lichte Zukunft wird nie eingelöst, und die Opfer werden immer grösser und sinnloser.

Aus freier Wirtschaft wird *Zwangswirtschaft*, aber – im Gegensatz zum «realen Sozialismus» – ohne Recht auf Arbeit.

«Schicksalsgemeinschaft»

Zur Schicksalsreligion der Novartis-Funktionäre gehört auch die «Schicksalsgemeinschaft», die sie den «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern» predigen. Aber es ist keine *Gemeinschaft von Gleichen*. Das Schicksal, von dem die Basler Chemieherren reden, spielen sie weitgehend selbst. Sie erpressen die Politik des Kantons mit der Drohung, Arbeitsplätze oder gar den Konzernsitz ins Ausland zu verlagern. Sie gewinnen mit dieser Drohung sogar Regierungsratswahlen. Aber je fügsamer die Politik sich den Konzernherren gegenüber verhält, umso arroganter disponieren sie über die Arbeitsplätze.

Nicht einmal die *Aktionäre und Aktionärinnen* bestimmen mit in dieser «Schicksalsgemeinschaft». Natürlich applaudieren sie den 18 Milliarden, um die sie das «Schicksal» über Nacht bereichert hat. Vor lauter Begeisterung geht vergessen, dass sie zu dieser Fusion rein gar nichts zu sagen hatten, dass also die viel beschworene «Aktionärsdemokratie» nur zum Schein besteht. Die Schicksalsreligion kreiert ihre eigenen Hierarchien...

Schon gar nichts haben die *Arbeitenden* zu sagen, sie, für die eine Unternehmung dasein, und sie, denen das Kapital dienen müsste. Eine Unternehmung wäre, wenn es nur schon nach der Sozialethik der christlichen Kirchen ginge, ein *Verbund von Personen*, die als freie und selbstverantwortliche Menschen miteinander kooperieren und gemeinsam entscheiden würden. Es gäbe keine einseitige Bevorzugung von materiellen Aktionärsinteressen gegenüber existenziellen Interessen der Arbeitenden. Erhaltung von Arbeitsplätzen wäre wichtiger als Profitmaximierung. Wettbewerb zwischen ethisch strukturierten und ethisch verantwortlichen Unternehmen wäre vielleicht nicht so effizient. Dieses System würde sich allerdings auch nicht kaputt rationalisieren.